

| 1956 | Ausgegeben zu Bonn am 30. Juni 1956 | Nr. 32 |
|-----------|--|--------|
| Tag | Inhalt: | Seite |
| 29. 6. 56 | Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen | 599 |
| 29. 6. 56 | Erste Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichsgesetzes | 602 |
| 29. 6. 56 | Neunte Verordnung über Zolltarifänderungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl | 603 |
| 29. 6. 56 | Zweiundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 604 |
| 29. 6. 56 | Fünfundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 607 |
| 29. 6. 56 | Sechsfundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 609 |
| 29. 6. 56 | Siebenundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 610 |
| 29. 6. 56 | Achtundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 611 |
| 29. 6. 56 | Neunundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen | 630 |
| 29. 6. 56 | Zehnte Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz: Vermahlung von inländischem Weizen und ausländischem Qualitätsweizen im Getreidewirtschaftsjahr 1956/57 | 631 |
| 20. 6. 56 | Anordnung über die Ernennung und Entlassung der Bundesbeamten im Dienstbereich des Bundesministers für Verkehr | 632 |
| 26. 6. 56 | Verordnung über die Polizeistunde in den Nebenbetrieben der Bundesautobahnen | 632 |
| 26. 6. 56 | Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz .. | 633 |
| 22. 6. 56 | Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes | 633 |
| 29. 6. 56 | Sechste Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz über die Körung von Bullen | 634 |
| 23. 6. 56 | Berichtigung zum Fünften Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes und zur Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes | 637 |

Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen.

Vom 29. Juni 1956.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen, die auf Grund Bundesrechts angeordnet werden, bestimmt sich nach diesem Gesetz, soweit das Bundesrecht das Verfahren nicht abweichend regelt.

§ 2

(1) Freiheitsentziehung ist die Unterbringung einer Person gegen ihren Willen oder im Zustande der Willenlosigkeit in einem Gefängnis, einem Haftraum, einem Arbeitshaus, einer abgeschlossenen Verwahranstalt, einer abgeschlossenen Anstalt der Fürsorge, einer abgeschlossenen Krankenanstalt oder einem abgeschlossenen Teil einer Krankenanstalt.

(2) Steht die unterzubringende Person unter elterlicher Gewalt, Vormundschaft oder wegen Geschäftsunfähigkeit unter Pflegschaft, so ist der Wille desjenigen maßgebend, dem die gesetzliche Vertretung in den persönlichen Angelegenheiten zusteht.

§ 3

Die Freiheitsentziehung kann nur das Amtsgericht auf Antrag der zuständigen Verwaltungsbehörde anordnen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Reichsgesetzes über die Angele-

genheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, soweit sich aus den folgenden Vorschriften nichts anderes ergibt.

§ 4

(1) Örtlich zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat; hat sie keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder ist der gewöhnliche Aufenthalt nicht feststellbar, so ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis für die Freiheitsentziehung entsteht. Befindet sich die Person bereits in Verwahrung einer Anstalt, so ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Anstalt liegt.

(2) Für eilige auf Grund dieses Gesetzes zu treffende Anordnungen ist neben dem nach Absatz 1 zuständigen Gericht auch das Gericht einstweilen zuständig, in dessen Bezirk das Bedürfnis der Anordnung entsteht. Das Gericht hat dem nach Absatz 1 zuständigen Gericht die Anordnung mitzuteilen. Mit dem Eingang der Mitteilung geht die Zuständigkeit auf das nach Absatz 1 zuständige Gericht über.

§ 5

(1) Das Gericht hat die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, mündlich zu hören. Erscheint sie auf Vorladung nicht, so kann ihre Vorführung angeordnet werden.

(2) Die Anhörung kann unterbleiben, wenn sie nach ärztlichem Gutachten nicht ohne Nachteile für den Gesundheitszustand des Anzuhörenden ausführbar ist oder wenn der Anzuhörende an einer übertragbaren Krankheit im Sinne der Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 1. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1721) leidet. In diesen Fällen ist dem Anzuhörenden, wenn er keinen gesetzlichen Vertreter in den persönlichen Angelegenheiten hat und auch nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten wird, durch das nach § 4 zuständige Gericht ein Pfleger für das Verfahren zu bestellen. Eine einstweilige Anordnung (§ 11) kann bereits ergehen, bevor dem Unterzubringenden ein Pfleger bestellt ist.

(3) Hat die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, einen gesetzlichen Vertreter in den persönlichen Angelegenheiten, so ist auch dieser, bei Personen, die unter elterlicher Gewalt stehen, jeder Elternteil zu hören. Ist die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, verheiratet, so ist, sofern die Ehegatten nicht dauernd getrennt leben, auch der Ehegatte zu hören. Die Anhörung kann unterbleiben, wenn sie nicht ohne erhebliche Verzögerung oder nicht ohne unverhältnismäßige Kosten möglich ist.

(4) Die Unterbringung in einer abgeschlossenen Krankenanstalt oder einer abgeschlossenen Krankenabteilung darf nur nach Anhörung eines ärztlichen Sachverständigen angeordnet werden. Die Verwaltungsbehörde, die den Antrag auf Unterbringung stellt, soll ihrem Antrag ein ärztliches Gutachten beifügen.

§ 6

(1) Das Gericht entscheidet über die Freiheitsentziehung durch einen mit Gründen versehenen Beschluß.

(2) Die Entscheidung, durch welche die Freiheitsentziehung angeordnet wird, ist bekanntzumachen

- a) der Person, der die Freiheit entzogen werden soll;
- b) den nach § 5 Abs. 3 Satz 1 und 2 zu hörenden Personen;
- c) einer Person, die das Vertrauen des Unterzubringenden genießt, sofern die Entscheidung nicht bereits nach Buchstabe b einem Angehörigen bekanntzumachen ist;
- d) der Verwaltungsbehörde, die den Antrag auf Freiheitsentziehung gestellt hat.

(3) Die Entscheidung, durch welche der Antrag der Verwaltungsbehörde abgelehnt wird, ist der Verwaltungsbehörde und der Person, deren Unterbringung beantragt war, bekanntzumachen.

(4) Ist die Bekanntmachung an die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, nach ärztlichem Gutachten nicht ohne Nachteile für ihren Gesundheitszustand ausführbar, so kann sie unterbleiben. Das Gericht entscheidet hierüber durch unanfechtbaren Beschluß. § 5 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 7

(1) Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts findet die sofortige Beschwerde statt.

(2) Gegen eine Entscheidung, durch welche die Freiheitsentziehung angeordnet wird, steht die Beschwerde den in § 6 Abs. 2 genannten Beteiligten zu; gegen eine Entscheidung, durch welche der Antrag der Verwaltungsbehörde abgelehnt wird, steht nur dieser die Beschwerde zu.

(3) Ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind oder ein unter Vormundschaft stehender Mündel kann ohne Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters das Beschwerderecht ausüben. Dies gilt nicht für Personen, die geschäftsunfähig sind oder das vierzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben.

(4) Befindet sich die Person, der die Freiheit entzogen werden soll, bereits in Verwahrung einer Anstalt, so kann die weitere Beschwerde auch bei dem Amtsgericht eingelegt werden, in dessen Bezirk die Anstalt liegt.

(5) Im Verfahren über die weitere Beschwerde ist eine Anhörung gemäß § 5 nicht erforderlich.

§ 8

Die eine Freiheitsentziehung anordnende Entscheidung wird erst mit der Rechtskraft wirksam. Das Gericht kann jedoch die sofortige Wirksamkeit der Entscheidung anordnen; § 24 Abs. 3 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gilt entsprechend. Die Entscheidung wird von der zuständigen Verwaltungsbehörde vollzogen.

§ 9

(1) In der Entscheidung, durch die eine Freiheitsentziehung angeordnet wird, ist eine Frist bis zur Höchstdauer eines Jahres zu bestimmen, vor deren Ablauf über die Fortdauer der Freiheitsentziehung von Amts wegen zu entscheiden ist.

(2) Wird nicht innerhalb der Frist die Fortdauer der Freiheitsentziehung durch richterliche Entscheidung angeordnet, so ist der Untergebrachte freizulassen. Das Gericht ist von der Freilassung zu benachrichtigen.

§ 10

(1) Die Entscheidung, durch die eine Freiheitsentziehung angeordnet wird, ist vor Ablauf der nach § 9 Abs. 1 festgesetzten Frist von Amts wegen aufzuheben, wenn der Grund für die Freiheitsentziehung weggefallen ist.

(2) Anträge der nach § 6 Abs. 2 am Verfahren Beteiligten auf Aufhebung der Freiheitsentziehung sind in jedem Fall zu prüfen und zu bescheiden.

(3) Das Gericht kann den Untergebrachten beurlauben; es soll die Verwaltungsbehörde und den Leiter der Anstalt (§ 2 Abs. 1) vorher hören. Für Beurlaubungen bis zu einer Woche bedarf es keiner Entscheidung des Gerichts. Die Beurlaubung kann von Auflagen abhängig gemacht werden; sie ist jederzeit widerruflich.

§ 11

(1) Ist ein Antrag auf Freiheitsentziehung gestellt, so kann das Gericht eine einstweilige Freiheitsentziehung anordnen, sofern dringende Gründe für die Annahme vorhanden sind, daß die Voraussetzungen für die Unterbringung vorliegen, und über die endgültige Unterbringung nicht rechtzeitig entschieden werden kann. Die einstweilige Freiheitsentziehung darf die Dauer von sechs Wochen nicht überschreiten.

(2) Für die einstweiligen Anordnungen gelten § 5 Abs. 1 bis 3, §§ 6 bis 8, § 9 Abs. 2 und § 10 entsprechend. Die Anhörung der Person, der die Freiheit entzogen werden soll, kann außer im Fall des § 5 Abs. 2 auch bei Gefahr im Verzug unterbleiben; sie muß jedoch unverzüglich nachgeholt werden.

§ 12

Die §§ 3 und 5 bis 11 gelten entsprechend für das Verfahren, in dem über die Fortdauer einer Freiheitsentziehung entschieden wird.

§ 13

(1) Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Verwaltungsmaßnahme, die eine Freiheitsentziehung darstellt, hat die zuständige Verwaltungsbehörde die richterliche Entscheidung unverzüglich herbeizuführen. Ist die Freiheitsentziehung nicht bis zum Ablauf des ihr folgenden Tages durch richterliche Entscheidung nach § 6 oder § 11 angeordnet, so hat die Freilassung zu erfolgen.

(2) Wird eine Maßnahme der Verwaltungsbehörde im Sinne des Absatzes 1 angefochten, so wird auch hierüber im gerichtlichen Verfahren nach den Vorschriften dieses Gesetzes entschieden.

§ 14

(1) Für die Gerichtskosten gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften der Kostenordnung. Gebühren werden nur für die in Absatz 2 genannten Entscheidungen und für das Beschwerdeverfahren (Absatz 3) erhoben.

(2) Für die Entscheidung, die eine Freiheitsentziehung (§ 6) oder ihre Fortdauer (§ 12) anordnet oder einen nicht vom Untergebrachten selbst gestellten Antrag, die Freiheitsentziehung aufzuheben (§ 10), zurückweist, wird eine Gebühr von dreißig Deutsche Mark erhoben. Das Gericht kann jedoch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Zahlungspflichtigen und der Bedeutung und des Umfangs des Verfahrens die Gebühr bis auf fünf Deutsche Mark ermäßigen oder bis auf zweihundert Deutsche Mark erhöhen.

(3) Für das Beschwerdeverfahren wird bei Verwerfung oder Zurückweisung der Beschwerde eine Gebühr von dreißig Deutsche Mark, bei Zurücknahme der Beschwerde eine Gebühr von zehn Deutsche Mark erhoben.

(4) Kostenvorschüsse werden nicht erhoben.

§ 15

(1) Schuldner der Gebühren sind in den Fällen des § 14 Abs. 2 der Untergebrachte und im Rahmen ihrer gesetzlichen Unterhaltspflicht die zu seinem Unterhalt Verpflichteten, in den Fällen des § 14 Abs. 3 der Beschwerdeführer; sie haben, soweit sie gebührenpflichtig sind, auch die baren Auslagen des gerichtlichen Verfahrens zu tragen.

(2) Die Verwaltungsbehörden sind zur Zahlung von Gerichtsgebühren und zur Erstattung der Auslagen des gerichtlichen Verfahrens nicht verpflichtet.

§ 16

(1) Lehnt das Gericht den Antrag der Verwaltungsbehörde auf Freiheitsentziehung ab, so hat es zugleich die Auslagen des Betroffenen, soweit sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig waren, der Gebietskörperschaft, der die Verwaltungsbehörde angehört, aufzuerlegen, wenn das Verfahren ergeben hat, daß ein begründeter Anlaß zur Stellung des Antrages nicht vorlag. Die Höhe der Auslagen wird auf Antrag des Betroffenen durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle festgesetzt. Für das Verfahren und die Vollstreckung der Entscheidung gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend.

(2) Die Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bestimmen sich nach den landesrechtlichen Gebührevorschriften. Soweit solche Vorschriften nicht bestehen, sind die für das Strafverfahren vor dem Amtsgericht geltenden Vorschriften der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte sinngemäß anzuwenden.

§ 17

(1) § 20 der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 100) tritt im Gebiet des früheren Landes Württemberg-Baden sowie in den Ländern Bayern, Bremen und Hessen wieder in Kraft.

(2) Bis zur einer anderweitigen gesetzlichen Regelung gelten § 7 der Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1053), die Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 1. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1721) und § 20 der Verordnung über die Fürsorgepflicht als förmliche Gesetze im Sinne des Artikels 104 Abs. 1 des Grundgesetzes.

(3) Das Grundrecht der Freiheit der Person nach Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.

§ 18

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1956 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten Vorschriften, die das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen regeln, insoweit außer Kraft, als sie die von diesem Gesetz erfaßten Fälle betreffen. Das gilt insbesondere für § 3 der Badischen Landesverordnung über den Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Fassung vom 5. September 1951 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1952 S. 14) und für das Badische Landesgesetz zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 9. Ja-

nuar 1952 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 17).

§ 19

(1) Die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Verfahren, die eine Freiheitsentziehung im Sinne der §§ 1, 2 Abs. 1 und des § 13 betreffen, gehen in der Lage, in der sie sich befinden, auf die nach diesem Gesetz zuständigen Gerichte über.

(2) Für die Erhebung der Gerichts- und Rechtsanwaltskosten ist das Verfahren vor dem abgebenden Gericht als Teil des Verfahrens vor dem übernehmenden Gericht zu behandeln.

§ 20

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Erste Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichsgesetzes. Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 5 Abs. 4 und des § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern (Länderfinanzausgleichsgesetz) vom 27. April 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 199) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Ausgleich verschiedener Einheitsbewertung

Zum Ausgleich der verschiedenen Einheitsbewertung des Grundbesitzes im Bundesgebiet werden die nach § 5 Abs. 2 und 3 des Gesetzes errechneten Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken im Lande Baden-Württemberg, im Regierungsbezirk Darmstadt des Landes Hessen und im Regierungsbezirk Rheinhessen des Landes Rheinland-Pfalz um 20 vom Hundert gekürzt. Die Kürzung wird der Berechnung des Länderfinanzausgleichs vom 1. April 1955 an zugrunde gelegt; sie entfällt von dem Ausgleichsjahr ab, für das die Einheitswerte der neuen Hauptfeststellung bei der Errechnung der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer (§ 5 Abs. 2 des Gesetzes) erstmals wirksam werden.

§ 2

Vollzug des Finanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1956

(1) Zum vorläufigen Vollzug des Finanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1956 wird der Zahlungsverkehr auf Grund des § 11 des Gesetzes in der Weise durchgeführt, daß die Ablieferung des Bundesanteils an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer (Artikel 106 Abs. 3 des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Dezember 1955 — Bundesgesetzbl. I

S. 817) auf folgende Hundertsätze erhöht oder vermindert wird:

| | |
|------------------------|------------|
| in Baden-Württemberg | 38,8 v. H. |
| in Bayern | 27,6 v. H. |
| in Bremen | 38,0 v. H. |
| in Hamburg | 45,9 v. H. |
| in Hessen | 33,9 v. H. |
| in Niedersachsen | 23,1 v. H. |
| in Nordrhein-Westfalen | 39,4 v. H. |
| in Rheinland-Pfalz | 18,5 v. H. |

(2) Die Finanzämter führen die nach Absatz 1 durch den Bund vorläufig in Anspruch genommenen Einnahmen täglich an die Bundeshauptkasse ab. Der Bundesminister der Finanzen kann zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens die Abführung der Einnahmen anderweitig regeln.

(3) Das Land Schleswig-Holstein leistet für das Ausgleichsjahr 1956 keine Zahlungen auf den Bundesanteil an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, sondern erhält auf den durch den Bundesanteil nicht gedeckten Teil seiner vorläufigen Ausgleichszuweisung eine Vorauszahlung von 104,4 Millionen Deutsche Mark, die in Teilbeträgen von 8,7 Millionen Deutsche Mark am 15. jedes Monats fällig ist.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Neunte Verordnung
über Zolltarifänderungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 1 Abs. 1 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zolltarifs (Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) vom 24. November 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 728) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Der Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1951 I S. 527) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Juli 1956 wie folgt geändert:

1. Die Allgemeine Anmerkung 6 zu Kapitel 73 (Eisen und Stahl) erhält folgende Fassung:

6. Anmerkung zu den Nrn. 7313 und 7315.

Die ermäßigten Zollsätze von 4% des Wertes für Waren im Rahmen von Zollkontingenten gelten vom 1. Juli 1956 bis 31. Dezember 1956

a) für Elektrobleche der Nr. 7313 Abs. A-2 (erster Unterabsatz) und der Nr. 7315 Abs. B-6-a-2 für eine Gesamtmenge von 4000 t, zuzüglich einer Gesamtmenge bis zu 1000 t aus dem im ersten Halbjahr 1956 nichtausgenutzten Zollkontingent für diese Waren, nach näherer Anordnung des Bundesministers der Finanzen,

b) für Waren aus legiertem Stahl mit einem Gehalt an Kohlenstoff von gewichtsmäßig 0,90% bis 1,15%, an Chrom von gewichtsmäßig 0,50% bis 2%, auch mit einem Gehalt an Molybdän von gewichtsmäßig 0,50% oder weniger (Wälzlagerstahl) der Nr. 7315 Abs. B-1-b-1-a und b, Abs. B-1-b-2-a und b, Abs. B-4-b-1 (zweiter Unterabsatz), 2 (zweiter Unterabsatz) und 3 (zweiter Unterabsatz) und Abs. B-5-a (dritter Unterabsatz) für eine Gesamtmenge von 4000 t.

Die Abfertigung ist nur bei den vom Bundesminister der Finanzen zu bestimmenden Zollstellen zulässig.

2. In der Tarifnr. 7301 erhält der Absatz A folgende Fassung:

| | | |
|--|------|------|
| A — Hämatitroheisen (einschließlich Stahlroheisen) und phosphorhaltiges Roheisen (einschließlich Ferrophosphor) (EG): | | |
| 1 — Stahlroheisen mit einem Gehalt an Silizium von gewichtsmäßig 1,5% oder weniger und an Mangan von gewichtsmäßig mehr als 1,5% | frei | frei |
| 2 — anderes | frei | 5 |

§ 2

Die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften erläßt der Bundesminister der Finanzen.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 2 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zolltarifs (Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) vom 24. November 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 728) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Zweiundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Edel-Zellstoff, Modellhüte usw.).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Die Zollsätze des Zolltarifs für die nachstehend bezeichneten Waren werden für die Zeit ab 1. Juli 1956 bis auf weiteres wie folgt geändert:

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: | |
|---|----------|--|--------------------------------|-------------------------------------|-----------|
| | | | | Bisheriger Zollsatz % des Wertes | |
| 1 | 47 01 | Anmerkung 3. | | | |
| | | Holzzellstoff, gebleicht (Abs. B-2-b), zur Herstellung von Kunstseide oder Zellwolle aus künstlicher Spinnmasse unter Zollsicherung: mit einem in 10%iger Natronlauge bei $20 \pm 0,5^\circ \text{C}$ unlöslichen Anteil (sogenanntem R 10-Gehalt) von mindestens 92% | frei | } | 10 |
| anderer | 5 | v7 | z5 | | |
| 2 | 65 03 | Hüte und andere Kopfbedeckungen aus Filz, fertig oder halbfertig, aus Hutstumpen der Nr. 65 01 hergestellt: | | | |
| | | A - nicht ausgestattet: | | | |
| | | 1 - aus Haarfilz: | | | |
| | | aus a - aus Velourfilz oder velourartigem Filz, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | | 25 v20 |
| | | aus b - andere, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | | 25 v20 |
| | | aus 2 - aus anderem Filz, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | | 25 v20 |
| | | B - ausgestattet: | | | |
| 2 - für Frauen und Kinder: | | | | | |
| aus a - ausgerüstet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | | 25 v23 | | |
| aus b - aufgeputzt, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | | 25 v23 | | |
| | | | | (bis 31. 3. 1956 z10) | |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|----------|--|---|---|
| 3 | 65 04 | <p>Hüte und andere Kopfbedeckungen, fertig oder halbfertig, geflochten oder durch Verbindung geflochtener, gewebter oder anderer Streifen hergestellt:</p> <p>aus A - nicht ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>B - ausgestattet:</p> <p>2 - für Frauen und Kinder:</p> <p>aus a - ausgerüstet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>aus b - aufgeputzt, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> | <p>10</p> <p>10</p> <p>10</p> | <p>25 v10 v20</p> <p>25 v23</p> <p>25 v23 (bis 31. 3. 1956 z10)</p> |
| 4 | 65 05 | <p>Hüte und andere Kopfbedeckungen aus Gewirken oder aus Stücken von anderen Spinnstoffwaren, ausgenommen Kopfbedeckungen aus Streifen; Haarnetze:</p> <p>aus E - Kopfbedeckungen aus Gewirken, auch nicht gewalkt oder nicht gefilzt, auch mit Innenausrüstung, anderweit weder genannt noch inbegriffen (Barette, Mützen, Kappen und dergleichen), mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>F - andere:</p> <p>1 - aus Geweben aus Seide, Kunstseide oder Zellwolle:</p> <p>aus a - nicht ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>aus b - ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>2 - andere:</p> <p>aus a - nicht ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> <p>aus b - ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> | <p>10</p> <p>10</p> <p>10</p> <p>10</p> <p>10</p> <p>10</p> | <p>25 v23</p> <p>25 v23</p> <p>25 v23</p> <p>25 v23</p> |
| 5 | 65 06 | <p>Andere Hüte und Kopfbedeckungen, auch ausgestattet, anderweit weder genannt noch inbegriffen:</p> <p>aus A - aus Pelz, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück</p> | <p>10</p> | <p>25 (bis 31. 3. 1956 z20)</p> |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|--------------|---|--------------------------------|---|
| | (noch 65 06) | aus B - aus Häuten, Leder oder Kunstleder, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | 25 (bis 31. 3. 1956 z20) |
| | | E - aus anderen Stoffen: | | |
| | | aus 1 - nicht ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | 25 (bis 31. 3. 1956 z20) |
| | | aus 2 - ausgestattet, mit einem Werte von 150 DM oder mehr für ein Stück | 10 | 25 (bis 31. 3. 1956 z20) |
| 6 | 70 19 | aus A - Glasperlen oder dergleichen, geschliffen | frei | 20 |
| 7 | 86 10 | Anmerkung zu Nr. 86 10-D. Abgenutzte Radreifen aus Schmiedeeisen oder Stahl zur Herstellung von Spaten und Schaufeln unter Zollsicherung | frei | 15 |

§ 2

In § 1 der (Ersten) Verordnung über Zolländerungen vom 10. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 855) wird die Nr. 51 — Tarifnr. 47 01 — (Papiermasse) gestrichen.

§ 3

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Fünfundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Chlor, Asbestfäden usw.).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr.1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Die Zollsätze des Zolltarifs für die nachstehend bezeichneten Waren werden mit Wirkung vom 1. April 1956 bis auf weiteres wie folgt geändert:

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz %des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|----------|---|-------------------------------|---|
| 1 | 28 02 | A - 1 - Chlor | 25 | 35 |
| 2 | 68 13 | B - Fäden, Schnüre, Seile, Geflechte und Dichtungstreifen aus Asbest, auch in Verbindung mit Spinnstoffen oder Graphit oder imprägniert: Fäden aus Asbest, auch in Verbindung mit Spinnstoffen: mit Stahldrahtseele | frei | 35 |
| | | andere | 17 | 35 |
| | | andere Waren | 28 | 35 |

§ 2

Die Zollsätze des Zolltarifs für die nachstehend bezeichneten Waren werden mit Wirkung vom 1. Juli 1956 bis auf weiteres wie folgt geändert:

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz %des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|---------------------------------------|-------------------------------|--|
| 1 | 39 03 | aus A - 1 - nahtlose Kunstdärme | 15 | 30 (tatsächlich angewandt: 15 aus 30 07 - A - 1) |
| 2 | aus 39 06 | nahtlose Kunstdärme | 20 | 30 z 25 (bis 30. 6. 56) (tatsächlich angewandt: 20 aus 39 07 - C) |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|---|--|--|
| 3 | 46 02 | Flechtwaren, gewebeartig oder aus parallel gelegten Flechtstoffen hergestellt, einschließlich Flaschenhülsen aus Stroh: B - Chinamatten und ähnliche Matten: ganz oder teilweise aus Schilf andere aus C - andere: 1 - aus Stroh, Bast, Binsen, Schilf, Alfa, Raffia, Sisal, Holzspan oder anderen nicht versponnenen pflanzlichen Stoffen, auch miteinander gemischt: aus Stroh, Binsen, Raffia, Holzspan, Palmblattstreifen oder -fasern, auch miteinander gemischt ganz oder teilweise aus Schilf andere | 15 10 frei 18 10 | 20 z 15 (bis 30. 6. 56) aus Holzspan, Palmblattstreifen und -fasern 20 z 18 (bis 30. 6. 56) aus Stroh, Binsen oder Raffia 20 z frei 20 z 18 (bis 30. 6. 56) 20 z 18 (bis 30. 6. 56) |
| 4 | aus 48 01 | Maschinenpapier und Maschinenpappe, anderweit weder genannt noch inbegriffen: Anmerkungen 6. Echte Japanpapiere aus Absatz K | 10 | 18 |
| 5 | aus 48 02 | Büttenpapier und Büttenpappe (handgeschöpft): echte Japanpapiere | 10 | 25 z 18 (bis 30. 6. 56) |
| 6 | aus 84 51 | Maschinen zum Flämmen von Stahlblöcken, mit mindestens vier Brenndüsen | frei | 8 |

§ 3

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Sechsfundfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Zweite Fristverlängerung der Individuellen Zollsenkung).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Die durch die Vierundfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen (Fristverlängerung der Individuellen Zollsenkung) vom 28. März 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 163) bis zum 30. Juni 1956 ermäßigten Zollsätze gelten ab 1. Juli 1956 bis auf weiteres.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Siebenundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Fristverlängerung der Konjunkturpolitischen Zollsenkung — 1. und 2. Teil).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Die durch die Achtundvierzigste Verordnung über Zollsatzänderungen (Konjunkturpolitische Zollsenkung — 1. Teil) vom 27. Januar 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 35) und durch die Einundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen (Konjunkturpolitische Zollsenkung — 2. Teil) vom 1. März 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 105) bis zum 30. Juni 1956 ermäßigten Zollsätze gelten ab 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Achtundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Konjunkturpolitische Zollsenkung — 3. Teil).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Die Zollsätze des Zolltarifs für Waren der Agrarwirtschaft werden für die Zeit vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957 nach Maßgabe der Anlage 1 ermäßigt.

§ 2

Die Zollsätze des Zolltarifs für Waren der gewerblichen Wirtschaft werden für die Zeit vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957 nach Maßgabe der Anlage 2 ermäßigt.

§ 3

(1) Die am 1. Juli 1956 zur Anwendung kommenden Wertzollsätze (tarifmäßige Zollsätze, vertragmäßige Zollsätze, zeitweilige Zollsätze) der in den Kapiteln 14, 25 und 28 bis 98 des Zolltarifs erfaßten Waren der gewerblichen Wirtschaft — ausgenommen die Waren der Tarifnrn. 29 66 Abs. A und B, 35 01, 35 07 und 35 09 Abs. B und die in der Anlage 2 erfaßten Waren — werden für die Zeit vom 1. Juli 1956 bis zum 31. Dezember 1957 wie folgt ermäßigt:

- a) Die Zollsätze von 4% des Wertes bis 16% des Wertes um 20%;

- b) die Zollsätze von 17% des Wertes bis 27% des Wertes um 25%;
- c) die Zollsätze von 28% des Wertes und mehr auf 21% des Wertes.

(2) Die Bruchteile der nach Absatz 1 Buchstaben a und b ermäßigten Zollsätze werden bis $\frac{4}{10}$ auf volle Zahlen nach unten und ab $\frac{5}{10}$ auf volle Zahlen nach oben abgerundet (Anlage 3).

§ 4

Ausgenommen von der Ermäßigung des § 3 sind

- a) die Zollsätze der auf Grund des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit (EG) bezeichneten Waren der Tarifnrn. 73 01 bis 73 16;
- b) die Zollsätze der durch die Siebenundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen (Fristverlängerung der Konjunkturpolitischen Zollsenkung — 1. und 2. Teil) vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 610) erfaßten Waren.

§ 5

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Anlage 1
(zu § 1)

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|----------|---|--------------------------------|--|
| 1 | 02 01 | Fleisch, Innereien und anderer genießbarer Schlachtfall von den in den Nummern 01 01 bis 01 04 genannten Tieren, frisch, gekühlt oder gefroren: Anmerkung. Innereien und anderer genießbarer Schlachtfall, ausgenommen Lebern, zur Verarbeitung in der pharmazeutischen Industrie unter Zollsicherung | frei | 20 von Schweinen oder Rindern: bis 30. 6. 1956 z 10 vom 1. 7. 1956 an Zungen, Herzen, Nieren, Zwerch- felle, Milzen, Lungen u. Luft- röhren v 15 |
| 2 | 02 03 | Geflügellebern, frisch, gekühlt, gefroren, gesalzen, gedämpft oder gekocht: Lebern von Gänsen oder Enten | 18 | 20 |
| | | andere | 13 | 20 v 15 |
| 3 | 02 05 | Schweinespeck, nicht durchwachsen, und anderes Schweinefett; Geflügelfett: aus A - Schweinefett, ausgenommen Schweinespeck, Geflügelfett, frisch | 18 | 25 v 21 |
| | | aus B - Schweinefett, ausgenommen Schweinespeck, Geflügelfett, gekühlt oder gefroren | 18 | 25 v 21 |
| | | aus C - Schweinespeck, gesalzen | 10 | 25 v 21 |
| 4 | 02 06 | Fleisch, Innereien und anderer genießbarer Schlachtfall aller Art, mit Ausnahme der Geflügellebern, gesalzen, gedörrt, geräuchert, gekocht oder sonst einfach zubereitet: aus C - durchwachsener Schweinespeck, nur gesalzen | 21 | 30 v 26 |
| | | (G) *) | | |
| 5 | 03 01 | Fische, lebend oder nicht lebend, frisch, gekühlt oder gefroren: A - Süßwasserfische: aus 3 - andere (als Lachse und Forellen): Aale: vom 1. Oktober bis 31. Oktober .. (G) | 3 | |

*) Die in der Spalte „Bezeichnung der Waren“ mit (G) gekennzeichneten Waren haben Zollsätze, deren Höhe im Rahmen der GATT-Zollkonferenz 1956 vereinbart worden ist.

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|--------------|--|--------------------------------|--|
| | (noch 03 01) | vom 1. Januar bis 30. April (G) | frei | 15 vom 1.—31. 10. v 10 vom 1. 1.—30. 4. v 5 Aalbrut: z frei |
| | | andere Fische als Aale und Karpfen (G) | 5 | 15 v 10 |
| | | B - Seefische: | | |
| | | 1 - ganz oder zerteilt, mit Ausnahme der Filets: aus c - andere (als Heringe und Sprotten): Schellfisch, Lengfisch, Rotbarsch, Heilbutt und Kabeljau (Dorsch), vom 1. August bis 9. Dezember (G) (teilweise) | frei | 10 vom 1. 8.—15. 11. z 5 bzw. v 5 |
| | | Seelachs, vom 1. Januar bis letzten Februar und vom 1. August bis 9. Dezember | frei | 10 vom 1. 8.—15. 11. v 5 |
| | | Schollen und Flundern (G) | 6 | 10 v 8 |
| | | 2 - Filets | 5 | 15 |
| 6 | 03 02 | Fische, nur gesalzen, getrocknet oder geräuchert: B - geräuchert: aus 1 - Heringe, ausgenommen Filets | 18 | 20 |
| 7 | 03 03 | Krebstiere, Weichtiere, einschließlich Muscheln, lebend oder nicht lebend, frisch, gekühlt oder gefroren, gesalzen, getrocknet oder nur gekocht: | | |
| | | A - Langusten und Hummern | 25 | 40 |
| | | B - Krabben, Garnelen und andere Krebstiere | 30 | 35 |
| | | C - Austern: | | |
| | | 2 - andere (als Austernsetzlinge) (G) | frei | 40 v 30 |
| 8 | 04 02 | aus A - Milch und Rahm, eingedickt, flüssig oder teigartig, nicht gezuckert (G) | 30 | 35 |
| 9 | 06 01 | Bulben, Knollen, Zwiebeln, Luftwurzeln (ausgenommen die Wurzeltriebe des Zierspargels) und Wurzelstöcke von Blüten- oder Blattpflanzen: aus B - im Wachstum begriffen, auch in Blüte: | | |
| | | Orchideen: | | |
| | | nicht in Blüte (G) | 20 | 35 |
| | | in Blüte | 30 | 35 |
| | | Hyazinthen, Narzissen und Tulpen | 30 | 35 |
| | | andere (G) | 13 | 35 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|---|--|---|
| 10 | 06 02 | Lebende Pflanzen und Wurzeln, anderweit weder genannt noch inbegriffen, einschließlich Stecklinge und Pfropfreiser: aus A - Weinrebenpfropfreiser | frei | 15 v 5 |
| | | B - andere (als unbewurzelte Stecklinge und Pfropfreiser): aus 2 - Bäume und Sträucher, einschließlich bewurzelter Stecklinge, ausgenommen Veredelungsunterlagen für Obstgehölze, Araukarien, Lorbeerbäume (Laurus nobilis), Palmen, Azaleen ohne Blüten oder Knospen (G) | 20 | 25 |
| | | 3 - b - Edelrosen und Rosenwildlinge, einschließlich bewurzelter Stecklinge (andere als Veredelungsunterlagen für Edelrosen) (G) | 25 | 30 |
| | | 4 - andere (als Reben, Bäume und Sträucher, Edelrosen und Rosenwildlinge): b - mit Blüten oder Knospen | 30 | 35 |
| 11 | aus 06 03 | Blumen und Blumenknospen, geschnitten, zu Binde- oder Zierzwecken: frisch, vom 1. Juni bis 30. September (G) | 30 | 35 |
| | | getrocknet, gefärbt, gebleicht, imprägniert oder anders behandelt | 30 | 35 Blumen, nur getrocknet: v 10 |
| 12 | 06 04 | Blattwerk, Blätter, Zweige, andere Pflanzenteile, Gräser und Moos, zu Binde- oder Zierzwecken, frisch, getrocknet, gebleicht, gefärbt, imprägniert oder anders behandelt, mit Ausnahme der Blumen und Blumenknospen der Nr. 06 03: B - gebleicht, gefärbt, imprägniert oder anders behandelt | 25 | 35 |
| 13 | 07 01 | Gemüse und andere Küchengewächse, frisch oder gekühlt: A - Pilze: 1 - Champignons | 30 | 35 |
| | | 2 - andere | 7 | 10 |
| | | C - Oliven und Kapern | frei | 30 v 10 |
| | | D - Tomaten, vom 11. August bis 31. Oktober . (G) | 22 jedoch mindestens für 100 kg 6 DM | 35 jedoch minde- stens für 100 kg 10 DM v 30 jedoch minde- stens für 100 kg v 6 DM |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz %des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz %des Wertes |
|----------|--------------|---|---|--|
| | (noch 07 01) | F - Kartoffeln: | | |
| | | vom 1. Juli bis 31. Juli | 30 | 35 |
| | | Frühkartoffeln, vom 1. Januar bis 15. Mai (G) | 10 | 35 v 20 |
| | | G - Spargel, vom 1. April bis 30. Juni (G) | 18 jedoch mindestens für 100 kg 15 DM | 25 jedoch minde- stens für 100 kg 25 DM v 20 jedoch minde- stens für 100 kg v 15 DM |
| | | I - Kohl: | | |
| | | 1 - Blumenkohl, vom 1. Dezember bis 30. April (G) | 5 | 25 jedoch minde- stens für 100 kg 12 DM v 10 jedoch minde- stens für 100 kg v 2,50 DM vom 1. 12. bis letzten Februar v 15 vom 1. 3.— 30. 4. |
| | | aus 3 - Rot-, Weiß- und Spitzkohl (G) | 25 jedoch mindestens für 100 kg 4,50 DM | 30 jedoch minde- stens für 100 kg 5 DM |
| | | 4 - anderer (als Blumenkohl, Rosenkohl, Rot-, Weiß-, Wirsing- und Spitzkohl) | 27 | 30 |
| | | K - Spinat, Sauerampfer, Chikoree (z. B. Witloof) und andere Salate: | | |
| | | aus 2 - Spinat, vom 16. Dezember bis 15. Fe- bruar (G) | 10 | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 10 DM v 20 jedoch minde- stens für 100 kg v 6 DM |
| | | Endiviensalat, vom 1. Januar bis 30. April (G) | 10 | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 10 DM v 15 jedoch minde- stens für 100 kg v 2 DM |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|-------------|--------------|--|--|--|
| | (noch 07 01) | Kochsalat: | | |
| | | vom 1. Januar bis 31. Juli | 13 jedoch mindestens für 100 kg 2 DM | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 10 DM v 15 jedoch minde- stens für 100 kg v 2 DM |
| | | vom 1. August bis 31. Dezember | 18 jedoch mindestens für 100 kg 5 DM | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 10 DM v 20 jedoch minde- stens für 100 kg v 5 DM |
| | | aus 3- Chikoree (z. B. Witloof) (G) | 10 | 20 v 15 |
| | | N-Gurken aller Art, Kürbisse aller Art, Auberginen und dergleichen: | | |
| | | aus 1- Gurken, vom 16. Mai bis 31. Oktober, in der Sortierung je 1 kg: | | |
| | | von 40 oder mehr Stück (G) | 10 jedoch mindestens für 100 kg 4 DM | 30 jedoch minde- stens für 100 kg 18 DM sog. Cornichons: vom 16. 5.—30. 9. v 10 jedoch minde- stens für 100 kg v 4 DM andere: vom 16. 5.—30. 6. v 25 jedoch minde- stens für 100 kg v 8 DM vom 1. 7.—31. 10. v 30 jedoch minde- stens für 100 kg v 4 DM |
| | | von 7 bis 39 Stück (G) | 15 jedoch mindestens für 100 kg 4 DM | vorstehende Sätze ohne den- jenigen für sog. Cornichons |

| Lfd. Nr. | Tarifar. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|-------------|--------------|---|---|---|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| | (noch 07 01) | Anmerkung. Zwiebeln (aus Absatz E) zur industriellen Herstellung von zerkleinerter Trockenzwiebel unter Zollsicherung... | frei | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 6 DM vom 1. 2.—31. 5. v 10 jedoch minde- stens für 100 kg v 2 DM vom 1. 6.—31. 1. v 20 jedoch minde- stens für 100 kg v 3 DM |
| 14 | 07 02 | Gemüse und andere Küchengewächse, gefroren | 30 | 35 |
| 15 | 07 04 | Gemüse und andere Küchengewächse, nach beliebi- gem Verfahren getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten: A- ungemischt: 1 - Trüffeln | 30 | 35 |
| | | 3 - andere (als Trüffeln und Kartoffeln): Tomaten in Stücken oder Scheiben ... (G) | 25 | 35 |
| | | andere Tomaten sowie andere Waren, aus- genommen Pilze | 30 | 35 Zwiebeln: v 30 |
| 16 | 07 05 | Hülsenfrüchte, trocken, ganz, geschält oder zerklei- nert, nicht gemahlen: D-Linsen | frei | 5 |
| 17 | 08 02 | Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet: G- andere (als Apfelsinen, Mandarinen, Clementi- nen, Zitronen, Pampelmusen, Pomelos und Ze- draifrüchte) | 10 | 16 |
| 18 | 08 06 | A- Äpfel, frisch, vom 1. Mai bis 15. August . . . (G) | 7 jedoch mindestens für 100 kg 2 DM | 25 jedoch minde- stens für 100 kg 9 DM v 10 jedoch minde- stens für 100 kg v 3 DM |

| Lfd. Nr | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|------------|-----------|--|---|--|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| 19 | 08 08 | A- Erdbeeren, frisch | 18 jedoch mindestens für 100 kg 12 DM | 20 jedoch minde- stens für 100 kg 20 DM v 20 jedoch minde- stens für 100 kg v 12 DM |
| 20 | aus 08 09 | Melonen und andere in den Nummern 08 01 bis 08 08 weder genannte noch inbegriffene frische Früchte, ausgenommen Khakifrüchte und Granat- äpfel | 15 | 20 |
| 21 | 08 10 | Früchte, auch in Stücken oder zerquetscht, gefroren | 30 | 35 |
| 22 | 11 04 | Mehl aus Früchten und Fruchtschalen des Kapitels 8 | 5 | 10 |
| 23 | 12 02 | A- 1 - Mehl aus Sojabohnen, nicht entölt | 20 | 25 |
| 24 | 12 08 | Johannisbrot, frisch oder getrocknet, auch zerstoßen oder gemahlen; Fruchtsteine und andere pflanzliche Erzeugnisse zum Genuß, auch gemahlen, anderweit weder genannt noch inbegriffen: | | |
| | | A- Johannisbrot | 3 | 10 v 8 |
| | | C- Fruchtsteine, einschließlich der Kerne | 3 | 5 |
| 25 | 13 03 | A- 2 - Pektin, trocken | 30 | 35 |
| 26 | 15 01 | A- Schweineschmalz (G) | 18 | 22 z 20 |
| | | B- Schmalzöl | 15 | 22 |
| 27 | 15 07 | Fette Ole pflanzlichen Ursprungs, flüssig oder fest: | | |
| | | A- roh: | | |
| | | 2- andere (als Leinöl und Olivenöl) | 5 | 6 |
| | | B- nicht roh: | | |
| | | 2- andere (als Leinöl und Olivenöl), ausgenom- men Japanwachs | 10 | 12 |
| 28 | 15 12 | Fette und Ole, gehärtet: | | |
| | | A- zum Genuß verwendbar | 15 | 18 |
| 29 | 16 01 | Wurst und Wurstwaren aus Fleisch, Innereien oder anderem Schlachtanfall, auch in luftdicht verschlos- senen Behältnissen: | | |
| | | A- aus Lebern: | | |
| | | 1- von Gänsen oder Enten | 16 | 25 |
| | | 2- von anderen Tieren | 16 | 25 v 22 |
| | | B- andere | 16 | 25 v 22 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|-------------|----------|--|-----------------------------------|--|
| | | | Neuer Zollsatz ‰ des Wertes | Bisheriger Zollsatz ‰ des Wertes |
| 30 | 16 02 | Andere Zubereitungen und Konserven aus Fleisch, Innereien oder anderem Schlachthanfall: A - in luftdicht verschlossenen Behältnissen: | | |
| | | 1 - aus Lebern: | | |
| | | a - von Gänsen oder Enten | 16 | 25 v 20 |
| | | b - von anderen Tieren | 16 | 25 v 22 |
| | | 2 - andere: | | |
| | | a - von Rindern | 16 | 25 v 22 |
| | | b - von Schafen | 16 | 25 |
| | | c - von Schweinen | 16 | 25 v 22 |
| | | d - von Wild, Geflügel oder Kaninchen | 16 | 25 v 22 |
| | | e - von anderen Tieren | 16 | 25 |
| | | B - in anderer Aufmachung: | | |
| | | 1 - aus Lebern: | | |
| | | a - von Gänsen oder Enten | 16 | 25 v 20 |
| | | b - von anderen Tieren | 16 | 25 v 22 |
| | | 2 - andere | 16 | 25 v 22 |
| 31 | 16 04 | Fischzubereitungen und Fischkonserven, einschließ- lich Kaviar, Kaviarersatz und Fischsuppenerzeug- nisse: | | |
| | | aus A - Kaviar | 30 | 40 |
| | | C - andere (als Kaviar, Kaviarersatz, Pasteten, Pasten, Wurst und Wurstwaren): | | |
| | | 1 - in luftdicht verschlossenen Behältnissen: | | |
| | | a - Lachsfische (Salmoniden) (G) | 20 | 30 v 25 |
| | | aus e - Heringe: | | |
| | | bei einer Länge des lebenden Fisches nicht über 16 cm, mit Öl oder mit Tomaten oder mit beiden zubereitet, auch mit Zusatz von Salz (G) | 14 | 28 v 15 |
| | | andere, in Behältnissen mit einem Gewicht von mehr als 500 g ... (G) | 20 | 28 v 25 |
| | | aus f - Aale, gekocht, gebraten oder ähnlich behandelt, mit Essig und aromatischen Kräutern, auch mit Marinadengewürz, zubereitet | 20 | 30 v 25 |

| Lfd. Nr. | Tarifar. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|----------|--------------|--|--------------------------------|---|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| | (noch 16 04) | aus 2 - in anderer Aufmachung: | | |
| | | Lachsfische (Salmoniden) (G) | 20 | 30 v 25 |
| | | Sprotten; Heringe in Behältnissen mit einem Gewicht von mehr als 500 g (G) | 20 | 30 v 25 |
| | | Aale, gekocht, gebraten oder ähnlich behandelt, mit Essig und aromatischen Kräutern, auch mit Marinadengewürz, zubereitet (G) | 20 | 30 v 25 |
| 32 | aus 16 05 | Krebstiere und Weichtiere, einschließlich Muscheln, zubereitet oder haltbar gemacht, ausgenommen Suppenerzeugnisse: | | |
| | | Hummern und Langusten (G) (Hummern) | 20 | 40 v 30 (in luftdicht verschlossenen Behältnissen) |
| | | andere | 30 | 40 |
| 33 | 18 05 | B - Kakaopulver, gezuckert (G) | 30 | 40 |
| 34 | aus 19 03 | Teigtaschen und Teigringe, mit zubereitetem Fleisch gefüllt, auch mit Zusatz von Gewürzen (G) | 20 | 30 sog. Ravioli: v 20 |
| 35 | 20 01 | Zubereitungen von Gemüse, anderen Küchengewächsen oder Früchten, mit Zusatz von Essig oder Essigsäure, auch haltbar gemacht (G) | 30 | 35 Zubereitungen von Oliven: v 25 |
| 36 | 20 02 | Zubereitungen von Gemüse oder anderen Küchengewächsen, ohne Zusatz von Essig oder Essigsäure, auch haltbar gemacht: | | |
| | | A - in luftdicht verschlossenen Behältnissen: | | |
| | | 3 - Tomaten und Tomatenmark, in Behältnissen mit einem Rohgewicht: | | |
| | | von 5 kg oder mehr (G) | 5 | 25 z 10 bzw. v 22 |
| | | von weniger als 5 kg (G) | 16 | 25 v 22 |
| | | 4 - Spargel | 30 | 35 |
| | | 5 - Erbsen und Bohnen | 30 | 35 |
| | | 6 - Spinal | 30 | 35 |
| | | 8 - andere, einschließlich Mischgemüse: | | |
| | | Zubereitungen aus verschiedenen Gemüsen (z. B. Artischocken, Blumenkohl, Karotten, Pilzen, Gurken und Oliven) und Fischen (z. B. Makrelen, Sardinen oder Thunfisch), mit Zusatz von Öl und Soßen (G) | 20 | 35 |
| | | andere | 30 | 35 |

| IId. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|-------------|--------------|---|-----------------------------------|--|
| | (noch 20 02) | B - in anderer Aufmachung: 3 - andere (als Sauerkraut, Oliven und Kapern): Tomatenmark: in Behältnissen mit einem Rohgewicht von 5 kg oder mehr | frei | 35 z 5 |
| | | in anderen Behältnissen: Tuben (G) | 16 | 35 |
| | | andere (G) | 25 | 35 |
| | | Tomaten, in Form von Pulver (G) | 25 | 35 |
| | | Zubereitungen aus verschiedenen Gemüsen (z. B. Artischocken, Blumenkohl, Karotten, Pilzen, Gurken und Oliven) und Fischen (z. B. Makrelen, Sardinen oder Thunfisch), mit Zusatz von Öl und Soßen (G) | 20 | 35 |
| | | andere | 30 | 35 |
| | | Anmerkung. Teiglaschen und Teigringe, mit zubereitetem Gemüse oder auch außerdem mit zubereitetem Fleisch gefüllt, auch mit Zusatz von Gewürzen (G) | 20 | 35, 25 je nach Art der Ware |
| 37 | 20 04 | Früchte, Fruchtschalen, Pflanzen und Pflanzenteile, mit Zucker überzogen (durch Eintauchen, Glasieren oder Kandieren): A - Kirschen | 30 | 35 |
| | | B - Fruchtschalen: 2 - andere (als Zitronat): Zitronenschalen | 20 | 35 v 25 |
| | | andere | 25 | 35 v 30 |
| | | C - Mischobst | 30 | 35 |
| | | D - andere | 30 | 35 |
| 38 | 20 05 | Konfitüren, Gelees, Marmeladen, Mus und Pasten aus Früchten, eingekocht, auch mit Zuckerzusatz .. | 30 | 35 |
| | | Anmerkung. Pflaumenmus ohne Zucker oder Sirup eingekocht, zur industriellen Verarbeitung unter Zollsicherung | 10 | 35 |
| 39 | 20 06 | Andere Zubereitungen von Früchten, auch mit Zu- satz von Zucker oder Alkohol, auch haltbar gemacht: Kerne von Anakardien (Akajounüsse), Erdnüssen, Haselnüssen oder Mandeln, geröstet und gesal- zen, auch untereinander gemischt | 25 | 35 |
| | | Pülpe von Pfirsichen, ohne Zusatz von Zucker oder Alkohol, in nicht luftdicht verschlossenen Behältnissen (G) | 10 | 35 z 15 v 10 |
| | | andere, ausgenommen Pülpe ohne Zusatz von Zucker oder Alkohol in Fässern | 30 | 35 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|--|--------------------------------|---|
| 40 | 20 07 | Frucht- und Gemüsesäfte, auch eingedickt, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zuckerzusatzen: A - ohne Zuckerzusatz: 1 - aus Apfelsinen, Pampelmusen oder Pomelos (Grapefruits), auch untereinander gemischt (G) | 17 | 25 v 20 |
| | | 6 - andere, einschließlich vorstehend nicht genannter Mischungen von Frucht- oder Gemüsesäften: b - andere (als Obstnuttersäfte): Ananassaft, auch mit Saft aus Apfelsinen, Pampelmusen oder Pomelos (Grapefruits) oder mit mehreren dieser Säfte gemischt (G) | 17 | 30 v 20 |
| | | Saft von schwarzen Johannisbeeren, auch eingedickt (G) | 20 | 30 |
| 41 | 21 01 | Gebrannte Zichorie und anderer gebrannter Kaffee-Ersatz sowie Extrakte aus Kaffee-Ersatz | 30 | 35 |
| 42 | 21 03 | Senf: A - zubereitetes Senfmehl | 20 | 25 |
| | | B - zubereiteter Senf | 30 | 35 |
| 43 | 21 07 | B - zusammengesetzte pflanzliche Auszüge, nicht zum Heilgebrauch, zur Herstellung von Getränken (z. B. Likören) | 30 | 35 |
| | | C - andere Nahrungsmittelzubereitungen: Vitaminzubereitungen zur Vitaminierung von Nahrungsmitteln | 25 | 35 |
| | | andere | 30 | 35 |
| 44 | 22 09 | A - Trinkbranntwein: aus 3 - Whisky mit einem Weingeistgehalt von nicht mehr als 38 Gewichtshundertteilen: a - in Behältnissen mit einem Fassungsvermögen von 15 l oder mehr | Zollsatz für 100 kg 325 DM | Zollsatz für 100 kg 1000 DM v 375 DM |
| | | b - in anderen Behältnissen | 525 DM | 1200 DM v 575 DM |
| 45 | 23 01 | Mehl, Pulver und Rückstände von Fleisch, von Meerestieren, Fischen oder Krebstieren, zum Genuß nicht geeignet, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Grieben: C - andere (als Fischmehl und Garnelen, gemahlen) | Zollsatz % des Wertes frei | Zollsatz % des Wertes 10 |
| 46 | aus 23 02 | Weizenkleie | 15 | 25 z 18 |

Anlage 2
(zu § 2)

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|-------------|-----------|---|-----------------------------------|--|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| 1 | 05 03 | Roßhaar, einschließlich Roßhaarabfälle: | | |
| | | A - 2 - gebleicht, gefärbt oder in anderer Weise zu- gerichtet, nicht gekrollt | 1 | 2 |
| | | B - gekrollt, auch auf Unterlagen | 2 | 3 |
| 2 | 05 07 | A - 2 - Bettfedern und Daunen, nur gereinigt oder gebleicht, nicht gefärbt | 6 | 10 v 8 |
| 3 | 05 13 | B - Meerschwämme, bearbeitet | 12 | 15 |
| 4 | 15 04 | A - Lebertran: | | |
| | | 2 - gereinigt, einschließlich Medizinallebertran: mechanisch gereinigt | 8 | 20 v 10 |
| | | anderer, einschließlich Medizinallebertran | 12 | 20 v 15 |
| 5 | 15 09 | Natürliche Gerbfette | frei | 15 |
| 6 | 15 10 | A - Fettsäuren | 9 | 18 v 12 |
| | | B - saure Ole | 4 | 12 v 5 |
| 7 | 15 14 | Walrat (Spermaceti), roh, gepreßt oder gereinigt .. | 4 | 6 |
| 8 | 28 48 | aus B - Germaniumoxyd | frei | 15 |
| 9 | aus 28 50 | Natriumsilicofluorid | 10 | 20 v 15 |
| 10 | 29 01 | aus A - nichtaromatische, hydroaromatische und Cycloterpenkohlenwasserstoffe, ausgenom- men Camphen, Alpha-Pinen und Dipenten (G) | 10 | 15 |
| | | Dipenten | frei | 15 |
| | | aus B - 4 - Paracymol | frei | 15 |
| 11 | 29 05 | B - mehrwertige Alkohole: | | |
| | | aus 2 - fünf- und höherwertige acyclische Alko- hole, ausgenommen Sorbit, Adonit und Mannit und ausgenommen ihre Derivate (G) | frei | 20 |
| 12 | 29 16 | Aldehyde: | | |
| | | A - acyclische: 1 - gesättigte: aus b - Paraldehyd | 15 | 25 |

*) Die in der Spalte „Bezeichnung der Waren“ mit (G) gekennzeichneten Waren haben Zollsätze, deren Höhe im Rahmen der GATT-Zoll-
konferenz 1956 vereinbart worden ist.

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|---|--------------------------------|---|
| 13 | 29 22 | Λ-2 - Essigsäure: aus b - Cobaltacetat (G) | frei | 20 |
| 14 | 29 23 | aus A - Azelainsäure und ihre Isomeren, ausgenommen ihre Halogen-, Sulfo- und Nitroderivate sowie ihre Salze und Ester (G) | frei | 20 |
| 15 | aus 29 50 | Phenothiazin, ausgenommen seine Substitutionsprodukte (G) | 10 | 15 |
| 16 | aus 29 69 | Cyclohexanonperoxyd | 15 | 30 bis 30. 6. 56 z 25 |
| 17 | 31 03 | aus D - dreifache Superphosphate (G) Anmerkung. Dreifache Superphosphate enthalten gewichtsmäßig mehr als 45% verfügbarer Phosphorsäure. | 5 | 20 |
| 18 | 32 01 | aus E - Eukalyptusgerbstoffauszug (G) | frei | 8 bis 30. 6. 56 z 5 |
| 19 | 32 08 | E - Cadmopon und andere Pigmentfarben auf der Grundlage von Cadmiumsalzen (G) | 10 | 15 |
| 20 | 38 16 | aus B - Mimosaauszug mit Zusatz von Ligningerbextrakt, mit einem Wert von 83 DM oder mehr für 100 kg (G) | 8 | 25 |
| 21 | 38 26 | aus D - Ionenaustauscher auf der Grundlage von sulfonierten Kohlen (G) | frei | 30 |
| | | gemischte Edelgase (G) | 8 | 30 |
| | | gemischte stearinsäure Salze (G) | 15 | 30 |
| | | Lötpaste, gleichzeitig zum Verzinnen geeignet (G) | 15 | 30 |
| 22 | 39 03 | Erzeugnisse aus Zellulose: A - regenerierte Zellulose (z. B. Zellglas aus Viskose): aus 1 - quadratische oder rechteckige poröse, saugfähige Stücke, Platten und Folien (G) | 20 | 30 |
| 23 | 40 11 | Bereifung und Luftschläuche für Fahrzeug- und Flugzeugräder aus Weichkautschuk: B - Luftschläuche mit einem Stückgewicht: aus 1 - von mehr als 5 kg, mit den Reifenbezeichnungen 21.00-25 und 27.00-33 .. (G) | frei | 30 bis 30. 6. 56 z 25 |
| | | D - Laufdecken mit einem Stückgewicht: aus 1 - von mehr als 70 kg, mit den Reifenbezeichnungen 21.00-25 und 27.00-33 .. (G) | frei | 30 bis 30. 6. 56 z 25 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|-------------|-----------|---|-----------------------------------|--|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| 24 | aus 40 14 | Dichtungsringe aus Weichkautschuk mit Metalleinlage oder Metallkapsel und mit lose eingelegter Spiralfeder (G) | 17 | 25 |
| 25 | aus 42 05 | Sämischgare Wasch- und Putzleder, nur flüchtig, auch in Rechteckform, zugeschnitten, nicht aus mehreren Stücken zusammengesetzt, ausgenommen solche, deren Ränder, auch an allen Seiten, unregelmäßig beschnitten sind (G) | 10 | 20 |
| | | Schaffellteppiche (G) | 10 | 20 |
| 26 | aus 43 03 | Sogenannte ausgelassene Schaf- oder Lammfelle, in Trapezform, durch Schneiden oder durch Schneiden und Ansetzen von Schaf- oder Lammfellteilen mittels Nähen hergestellt (G) | 10 | 24 |
| | | Schaffellteppiche (G) | 10 | 24 |
| 27 | 46 01 | Geflechte und geflechtartige Phantasiebänder für die Herstellung von Hüten oder für andere Verwendungszwecke, auch miteinander verbunden: aus C - aus Streifen aus künstlichem Stroh, künstlichem Roßhaar oder Kunststoffen, aus mit Viskose oder anderen Kunststoffen überzogenen Papierstreifen, aus mit Viskose oder anderen Kunststoffen bestrichenen oder überzogenen Spinnstoffen, alle diese Waren auch in beliebigem Verhältnis miteinander oder mit den in den Absätzen A und B genannten Stoffen gemischt, mit einem Werte von 25 DM oder weniger für 1 kg | 7 | 25 v 20 |
| 28 | 51 07 | Anmerkung zu A - 1, B - 1. Kammgarne ganz aus Wolle, auch gemischt mit feinen oder groben Tierhaaren, einfach (ungezwirnt) oder gezwirnt, roh, mit einer Feinheit von 18 metrisch oder darüber, mit einer mittleren Faserlänge von 122 mm oder darüber, mit einer mittleren Faserfeinheit von Nr. 900 metrisch oder darunter, in Öl gesponnen, zur Herstellung von Samt und Plüsch, Geweben für Möbel- und Innenausstattung, Teppichen, Einlagestoffen, Fahnentuch und Litzen, unter Zollsicherung | 4 | v 6 |
| 29 | aus 55 06 | Geschnittene Streifen von Mischgeweben aus Baumwolle und künstlichen Spinnstoffen, ungefalzt, mit einer Breite von 23 mm bis 27 mm | 10 | v 16 |
| 30 | aus 59 06 | Bindfäden aus Manilahanf | 13 | 18 |
| 31 | 59 24 | A - Gewebe, Filz und mit Filz belegte Gewebe, alle diese auf Kautschuk oder auf Geweben, auch kautschutierten, oder auf Leder aufgeklebt: 1 - für Kratzenblätter oder Kratzenbänder, ohne Nadeln | 14 | 20 |
| | | 2 - für andere technische Zwecke | 14 | 20 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-----------|--|--------------------------------|---|
| 32 | 62 06 | aus B - Gürtel­einlagebänder (G) Anmerkung. Gürtel­einlagebänder bestehen aus zwei ungleich breiten, in der Längsrichtung aufeinander geklebten Gewebestreifen. Die überstehenden Ränder des breiteren Streifens sind gefalzt (umgebördelt) und auf der Schau­seite des schmaleren Streifens aufgeklebt, wodurch die Gürtel­einlagebänder zwei nicht ausfransende Ränder erhalten. | 10 | z 20 |
| 33 | 65 02 | Hutstumpen, geflochten oder durch Verbindung geflochtener, gewebter oder anderer Streifen hergestellt: C - aus Streifen aus künstlichem Stroh, künstlichem Roßhaar oder Kunststoffen, aus mit Viskose oder anderen Kunststoffen überzogenen Papierstreifen, aus mit Viskose oder anderen Kunststoffen bestrichenen oder überzogenen Spinnstoffen, auch in beliebigem Verhältnis miteinander oder mit den in den Absätzen A und B genannten Stoffen gemischt, aus Streifen mit einer Breite: 2 - von 3 mm oder mehr (G) | 10 | z 18 |
| 34 | 68 13 | aus B - Fäden aus Asbest, auch in Verbindung mit Spinnstoffen, ausgenommen Fäden mit Stahldrahtseele (G) | 10 | z 17 |
| 35 | aus 70 10 | Sogenannte Fiaschi (G) Anmerkung. Sogenannte Fiaschi sind dickbauchige Flaschen aus Glas mit langem Hals und nach unten gewölbtem Boden. Sie sind mit Bast, Schilf oder ähnlichen Flechtstoffen oder Geflech­ten daraus umhüllt. Die Flechtstoffe oder Geflech­te bilden einen Bodenring, auf dem die Flasche steht. Das Fassungsvermögen der Flasche beträgt nicht mehr als 2,5 l. | frei | 25 |
| 36 | 73 12 | Bandeisen und Bandstahl, warm oder kalt gewalzt: B - nur kalt gewalzt, auch entzundert (dekapiert): aus 2 - anderes (als in Rollen, zur Herstellung von Weißband unter Zollsicherung), mit einem Gehalt von gewichtsmäßig weniger als je 0,04 % Phosphor oder Schwefel bzw. weniger als 0,07 % Phosphor und Schwefel insgesamt (G) | 10 | 25 z 15 |
| 37 | 73 24 | Gerade Rohre von gleichmäßiger Stärke, aus Schmiedeeisen oder Stahl, roh, anderweit weder genannt noch inbegriffen: B - aus anderem Stahl oder aus Schmiedeeisen: 2 - nahtlos, warm gezogen, gewalzt oder kalt gezogen: b - andere (als kaltgezogen): aus 2 - andere (als mit einem Gehalt an Kupfer von gewichtsmäßig 0,05 % oder weniger), mit einem Gehalt | | |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|--------------|--|--------------------------------|---|
| | (noch 73 24) | von gewichtsmäßig weniger als je 0,04 % Phosphor oder Schwefel bzw. weniger als 0,07 % Phosphor und Schwefel insgesamt, ausgenommen Rohre mit glatten Enden, mit einem Außendurchmesser von 8 bis 318 mm und einem Probedruck bis 60 Atü (G) | 12 | 18 |
| 38 | 73 50 | Andere Waren aus Eisen oder Stahl, anderweit weder genannt noch inbegriffen: B - aus Blech, Bändern oder Rohren, aus Schmiedeeisen oder Stahl: aus 1 - gestanzte Eisen und Stahlblechräder (G) | 10 | 15 |
| 39 | 81 11 | Andere unedle Metalle, anderweit weder genannt noch inbegriffen: aus A - Germanium, roh (G) | frei | 5 |
| 40 | aus Kap. 84 | Allgemeine Anmerkung. Rohe gegossene Teile von Maschinen, aus Eisen oder Stahl, deren Bestimmung unzweifelhaft zu erkennen ist, soweit diese Teile sonst höheren Zollsätzen unterliegen würden | frei | v 5 |
| 41 | 84 12 | B - andere Pumpen: 1 - Motorpumpen und elektrische Pumpen 2 - andere, ausgenommen Jauchepumpen | frei frei | v 5 v 5 |
| 42 | 84 31 | aus C - Maschinen für die Herstellung von Spulen oder Hülsen aus Papier oder Pappe für die Textilindustrie (G) | 6 | 10 |
| 43 | 84 33 | A - Druckpressen und Druckmaschinen aller Systeme und für alle Druckarten, auch mit Anlegern, Klebeapparaten, Schneideapparaten, Falzapparaten, Heftapparaten oder dergleichen | frei | 6 v 5 |
| 44 | aus 84 42 | Walzen, graviert, für Maschinen zum Bedrucken von Spinnstoffen oder Spinnstoffwaren und ähnliche Maschinen (G) | 6 | 12 |
| 45 | 84 46 | Werkzeugmaschinen für die Metallbearbeitung, anderweit weder genannt noch inbegriffen, ausgenommen solche mit einem Werte von nicht mehr als 10 000 DM für ein Stück | frei | v 4 |
| 46 | 84 49 | Teile und Zubehör für Maschinen der Nummern 84 46 bis 84 48, ausgenommen Teile von Vollgattern: B - Präzisionsspezialvorrichtungen für Werkzeugmaschinen: 1 - Teilköpfe | frei | v 4 |
| 47 | 84 61 | A - Erdöl- und Tiefbohrgeräte sowie Großfördergeräte für den Bergwerkstagesbau | frei | 4 |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz % des Wertes | Nachrichtlich: Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
|----------|-------------|--|--------------------------------|---|
| 48 | aus Kap. 85 | Allgemeine Anmerkung. Roh gegossene Teile von Maschinen, aus Eisen oder Stahl, deren Bestimmung unzweifelhaft zu erkennen ist, soweit diese Teile sonst höheren Zollsätzen unterliegen würden | frei | v 5 |
| 49 | 85 01 | Elektrische Generatoren und Motoren, Transformatoren, Umformer und ähnliche Maschinen und Apparate, anderweit weder genannt noch inbegriffen: A - elektrische Generatoren, Motoren und rotierende Umformer, mit einem Stückgewicht: 1 - von mehr als 1000 kg | frei | 5 |
| | | B - Transformatoren, ruhende Umformer (Stromrichter) und Drosselspulen, mit einem Stückgewicht: 1 - von mehr als 1000 kg | frei | 5 |
| | | 2 - von mehr als 10 bis 1000 kg: a - Transformatoren und Drosselspulen | frei | 5 |
| 50 | 87 06 | Teile und Zubehör für Kraftwagen oder Motorschlepper, auch roh, anderweit weder genannt noch inbegriffen: B - andere Teile und Zubehör: aus 2 - Stoßdämpfer für Kraftwagen oder Motorschlepper | 15 | v 25 |
| | | Kühlerrollschirme auch mit Wiederaufrollvorrichtung, für Kraftwagen (G) | 10 | v 25 |
| 51 | 88 02 | Flugzeuge (z. B. Landflugzeuge, Wasserflugzeuge, Drachen, Segelflugzeuge, Drehflügel Flugzeuge, Hubschrauber und Schwingenflieger): B - andere, mit einem Leergewicht: 1 - von mehr als 500 kg | 20 | 30 |
| | | 2 - von 500 kg oder weniger | 20 | 30 |
| 52 | 88 03 | Teile von Flugzeugen (zusammengesetzte Teile und Einzelteile): A - vollständige Tragwerke mit einem Stückgewicht: 1 - von mehr als 300 kg | 20 | 30 |
| | | 2 - von 300 kg oder weniger | 20 | 30 |
| | | B - vollständige Rümpfe, mit einem Stückgewicht: 1 - von mehr als 200 kg | 20 | 30 |
| | | 2 - von 200 kg oder weniger | 20 | 30 |
| 53 | 92 15 | Teile und Zubehör von Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten, ausgenommen von solchen für photoelektrisch hergestellte Filme; Tonträger: F - Schallplatten und Walzen für die Tonwiedergabe: | | |

| Lfd. Nr. | Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Nachrichtlich: | |
|----------|---------------------------|--|--------------------------------|-------------------------------------|
| | | | Neuer Zollsatz % des Wertes | Bisheriger Zollsatz % des Wertes |
| 54 | (noch 92 15) 94 03 | aus 2 - lediglich zum Sprachunterricht geeignete Schallplatten mit gesprochenem Text, wenn sie äußerlich als Schallplatten zum Sprachunterricht kenntlich gemacht sind (G) | 10 | 15 |
| | | aus D - 4 - Untergestelle aus unedlen Metallen für Zeichen- (Reiß-) Bretter, mit Einstellvorrichtung, auch mit Reißbrett (G) | 10 | 15 |

Anlage 3
(zu § 3 Abs. 1 und 2)

| Zu § 3 Abs. 2 | | Zu § 3 Abs. 2 | | Zu § 3 Abs. 1 Buchstabe c | |
|-------------------------------------|--|-------------------------------------|--|-------------------------------------|---|
| Bisheriger Zollsatz % des Wertes | Neuer Zollsatz % des Wertes (20%ige Senkung und Abrundung) | Bisheriger Zollsatz % des Wertes | Neuer Zollsatz % des Wertes (25%ige Senkung und Abrundung) | Bisheriger Zollsatz % des Wertes | Neuer Zollsatz % des Wertes (Ermäßigung auf:) |
| 4 | 3 | 17 | 13 | 28 | 21 |
| 5 | 4 | 18 | 14 | 29 | 21 |
| 6 | 5 | 19 | 14 | 30 | 21 |
| 7 | 6 | 20 | 15 | 31 | 21 |
| 8 | 6 | 21 | 16 | 32 | 21 |
| 9 | 7 | 22 | 17 | 33 | 21 |
| 10 | 8 | 23 | 17 | 34 | 21 |
| 11 | 9 | 24 | 18 | 35 | 21 |
| 12 | 10 | 25 | 19 | | |
| 13 | 10 | 26 | 20 | | |
| 14 | 11 | 27 | 20 | | |
| 15 | 12 | | | | |
| 16 | 13 | | | | |

**Neunundfünfzigste Verordnung über Zollsatzänderungen
(Schweröle zum unmittelbaren Verheizen).**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Nr. 1 des Zolltarifgesetzes vom 16. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 527) verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Der Zollsatz für die nachstehend bezeichneten Waren wird ab 1. Juli 1956 bis auf weiteres wie folgt geändert:

| Tarifnr. | Bezeichnung der Waren | Neuer Zollsatz für 100 kg Eigengewicht | <i>Nachrichtlich:</i> Bisheriger Zollsatz für 100 kg Eigengewicht |
|----------|--|--|--|
| 2710 | <p>Anmerkung 2</p> <p>Schweröle mit einem Flammpunkt im geschlossenen Tiegel von mehr als 55° C, bei deren Destillation nach DIN-Entwurf 51 752 weniger als 40 Volumenprozent bis 250° C übergehen, nach Herstellung im Zollausland eingeführt oder hergestellt aus Erdöl, das im Geltungsbereich dieses Tarifs verzollt worden ist, zum unmittelbaren Verheizen unter Zollsicherung</p> | frei | 1,50 DM |

§ 2

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Blücher

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

**Zehnte Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz:
Vermahlung von inländischem Weizen und ausländischem Qualitätsweizen
im Getreidewirtschaftsjahr 1956/57.**

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 3 und des § 5 Abs. 1 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Inländischer Weizen

(1) Jede Mühle hat bei der Verarbeitung von Weizen einen Anteil an inländischem Weizen zu verwenden. Dieser Anteil beträgt

1. für die Monate Juli bis September 1956
mindestens 30 vom Hundert,
2. für die Monate Oktober bis Dezember 1956
mindestens 50 vom Hundert,
3. für die Monate Januar bis März 1957
mindestens 45 vom Hundert,
4. für die Monate April bis Juni 1957
mindestens 20 vom Hundert

der verarbeiteten Gesamtweizenmenge.

(2) Bei der Berechnung der Hundertsätze nach Absatz 1 bleiben unberücksichtigt

1. Hartgrießweizen (durum), der unvermischt zu Hartgrießweizenerzeugnissen verarbeitet wird,
2. Weizen, dessen Mehl zu Weizenstärke verarbeitet wird,
3. Weizen, dessen Mahlerzeugnisse (Mehl, Backschrot, Grieß und Dunst) in Gebiete außerhalb des Geltungsbereichs des Getreidegesetzes verbracht werden sollen und innerhalb von zwei Monaten nach der Verarbeitung verbracht werden,
4. Weizen, der in der Lohn- und Umtauschmüllerei für Selbstversorger verarbeitet wird,
5. Weizen, der im Rahmen von Förderungsmaßnahmen nach § 75 Abs. 3 des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 201) verarbeitet wird.

(3) Die nach Absatz 1 zu verarbeitenden Weizenmengen dürfen insoweit unterschritten werden, als sie in den vorhergehenden Kalendervierteljahren überschritten worden sind. Mindervermahlungen sind jeweils im folgenden Kalendervierteljahr durch entsprechende Mehrvermahlungen auszugleichen.

(4) Mehrvermahlungen in den Monaten Juli 1955 bis Juni 1956 (§ 1 der Neunten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 18. Juli 1955 — Bundesgesetzbl. I S. 455) bleiben unberücksichtigt. Mindervermahlungen während des gleichen Zeitraumes sind in den Monaten Juli bis September 1956 durch entsprechende Mehrvermahlungen auszugleichen.

§ 2

Ausländischer Qualitätsweizen

(1) Jede Mühle darf bei der Verarbeitung von Weizen nur einen bestimmten Anteil an ausländischem Qualitätsweizen verwenden. Dieser Anteil beträgt für jedes Kalendervierteljahr insgesamt 32

vom Hundert, im Kalendervierteljahr Oktober bis Dezember 1956 36 vom Hundert, in keinem Monat jedoch mehr als 40 vom Hundert der verarbeiteten Gesamtweizenmenge.

(2) § 1 Abs. 2 Nr. 1, 2, 3 und 5 findet entsprechende Anwendung.

(3) Qualitätsweizen sind

1. Hard Red Spring Nr. 1, 2 und 3,
2. Manitoba Nr. 1, 2, 3 und 4,
3. Hard Red Winter Nr. 1, 2 und 3,
4. in Argentinien geernteter Weizen.

(4) Wird der nach Absatz 1 zulässige Anteil an ausländischem Qualitätsweizen in einem Kalendervierteljahr unterschritten, so darf der Anteil in den beiden nächsten Kalendervierteljahren entsprechend der Mindervermahlung bis auf 35 vom Hundert, in keinem Monat jedoch auf mehr als 40 vom Hundert der Gesamtweizenmenge erhöht werden. Mehrvermahlungen sind jeweils im folgenden Kalendervierteljahr durch entsprechende Mindervermahlungen auszugleichen.

(5) Mindervermahlungen in den Monaten August 1955 bis Juni 1956 (§ 2 der Neunten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz) bleiben unberücksichtigt. Mehrvermahlungen während des gleichen Zeitraumes sind in den Monaten Juli bis September 1956 durch entsprechende Mindervermahlungen auszugleichen.

§ 3

Sachlicher Anwendungsbereich

Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 gelten nicht für Weizen, der für andere Zwecke als für die menschliche Ernährung verarbeitet wird.

§ 4

Mühlenstelle

Die Mühlenstelle wird beauftragt, die Einhaltung dieser Verordnung zu überwachen.

§ 5

Zuwiderhandlungen

Zuwiderhandlungen gegen § 1 Abs. 1, 3 und 4 und gegen § 2 Abs. 1, 4 und 5 werden nach § 21 Abs. 1 des Getreidegesetzes geahndet.

§ 6

Land Berlin

Diese Verordnung gilt für Mühlen im Geltungsbereich des Getreidegesetzes mit Ausnahme des Landes Berlin.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1956 in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

**Anordnung
über die Ernennung und Entlassung der Bundesbeamten
im Dienstbereich des Bundesministers für Verkehr.**

Vom 20. Juni 1956.

I.

Auf Grund des Artikels 1 der Anordnung des Bundespräsidenten über die Ernennung und Entlassung der Bundesbeamten und Bundesrichter vom 17. Mai 1950 (Bundesgesetzbl. S. 209) in der Fassung der Anordnung vom 13. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 383) übertrage ich die Ausübung des Rechts zur Ernennung und Entlassung der planmäßigen Bundesbeamten der Besoldungsgruppen A 5 bis A 12 und der entsprechenden nichtplanmäßigen Beamten sowie der nichtplanmäßigen Beamten des gehobenen Dienstes

dem Präsidenten des Deutschen Wetterdienstes,
dem Präsidenten des Deutschen Hydrographischen Instituts,
dem Direktor der Bundesanstalt für Flugsicherung,
dem Leiter der Bundesanstalt für Gewässerkunde,
dem Direktor der Bundesanstalt für Wasserbau,
dem Direktor der Bundesanstalt für Straßenbau,
dem Direktor des Luftfahrt-Bundesamtes,

dem Leiter des Kraftfahrt-Bundesamtes,
dem Leiter des Bundesamtes für Schiffsvermessung,
den Leitern der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen und
dem Direktor des Bundesschleppbetriebes
jeweils für ihren Geschäftsbereich.

II.

Für besondere Fälle behalte ich mir die Ernennung und Entlassung der unter I genannten Beamten vor.

III.

Diese Anordnung tritt am 1. Juli 1956 in Kraft. Gleichzeitig werden die Erlasse vom 20. September 1950 — A 1 Pa 292/31 P/50 — und vom 27. Juli 1951 — W 1/P 101 — 327/51 — aufgehoben.

Bonn, den 20. Juni 1956.

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

**Verordnung über die Polizeistunde
in den Nebenbetrieben der Bundesautobahnen.**

Vom 26. Juni 1956.

Auf Grund des § 15 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. August 1953 (Bundesgesetzblatt I S. 903) wird verordnet:

§ 1

(1) In den Gast- und Schankwirtschaften, die Nebenbetriebe im Sinne des § 15 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes sind, beginnt die Polizeistunde um 0 Uhr und endet um 7 Uhr früh.

(2) Während der in Absatz 1 genannten Zeit dürfen Führer von Kraftfahrzeugen und sonstige Benutzer der Bundesautobahnen mit Speisen, mit nichtgeistigen Getränken und in dem im Gaststättengewerbe zulässigen Rahmen auch mit Zubehörfwaren versorgt werden.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 26 des Bundesfernstraßengesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 1956 in Kraft.

Bonn, den 26. Juni 1956.

Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

**Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz.**

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Juni 1956 — 1 BvL 54/55 und 1 BvL 17/56 — in dem Verfahren wegen

verfassungsrechtlicher Prüfung des § 44 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener vom 30. Januar 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 5)

auf Antrag

des Landesverwaltungsgerichts Hamburg und des Verwaltungsgerichts Stuttgart

wird gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951

(Bundesgesetzbl. I S. 243) nachfolgend der Entscheidungssatz veröffentlicht:

§ 44 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz — KgfEG —) vom 30. Januar 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 5) ist nichtig, soweit er die Bundesregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates Rechtsverordnungen zu erlassen, die nähere Vorschriften über die Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs enthalten.

Der vorstehende Entscheidungssatz hat gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 26. Juni 1956.

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes.

Vom 22. Juni 1956.

Auf Grund des § 35 Abs. 3 des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 645) wird gemäß einer Erklärung des Registrars für Warenzeichen der Südafrikanischen Union bekanntgemacht:

Deutsche Staatsangehörige, die ein Warenzeichen in der Südafrikanischen Union anmelden, brauchen nicht den Nachweis zu erbringen, daß sie für das Zeichen in dem Staat, in dem sich ihre Niederlassung befindet, den Markenschutz nachgesucht und erhalten haben.

Bonn, den 22. Juni 1956.

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Sechste Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz über die Körung von Bullen.

Vom 29. Juni 1956.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 und des § 10 Abs. 1 des Tierzuchtgesetzes vom 7. Juli 1949 (WiGBL. S. 181) in Verbindung mit der Verordnung über die Erstreckung von Landwirtschaftsrecht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf die Länder Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und den bayerischen Kreis Lindau vom 21. Februar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 37) und mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Allgemeine Mindestanforderungen

Bullen dürfen nur gekört werden, wenn sie nach Typ und Gesamteindruck, insbesondere nach Körperbau und Geschlechtscharakter, sowie nach Abstammung und Gesundheit den Anforderungen der Landestierzucht entsprechen. Bei Bullen der in § 3 genannten Rassen außerdem das Muttertier und die Großmuttertiere mindestens die für die Leistungsklasse III vorgeschriebenen Leistungen aufweisen.

§ 2

Zuchtwertklassen

(1) Die gekörten Bullen sind unter Berücksichtigung von Leistungsklasse, Typ, Gesamteindruck und Abstammung in folgende Zuchtwertklassen einzustufen:

Zuchtwertklasse I = sehr gut

Zuchtwertklasse II = gut

Zuchtwertklasse III = befriedigend

Zuchtwertklasse IV = genügend.

(2) Ein Bulle darf höchstens in die seiner jeweiligen Leistungsklasse entsprechende Zuchtwertklasse eingestuft werden.

§ 3

Leistungsklassen

Die Leistungsklasse eines Bullen der nachstehend aufgeführten Rassen richtet sich nach der mittleren Lebensleistung seines Muttertiers und seiner Großmuttertiere. Die mittlere Lebensleistung ist die durchschnittliche Tagesleistung an Milch und Fett vom Tage des ersten Abkalbens an, die durch Vervielfältigung mit 365 auf einen Jahresdurchschnitt umgerechnet wird; dabei gelten folgende Mindestanforderungen:

| | Muttertier | | Großmuttertiere | | | |
|--------------------------------------|------------|-------------|-----------------|------------|-------------|---------------|
| | Fett kg | Milch kg | Fett v. H. | Fett kg | Milch kg | Fett v. H. |
| 1. Höhenfleckvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 145 | 3 500 | 4,00 | 120 | 3 000 | 3,80 |
| Leistungsklasse II | 125 | 3 100 | 3,80 | 105 | 2 700 | 3,70 |
| Leistungsklasse III | 110 | 2 800 | 3,70 | 90 | 2 400 | 3,70 |
| 2. Rotes Höhenvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 150 | 3 500 | 4,10 | 120 | 2 900 | 4,00 |
| Leistungsklasse II | 130 | 3 100 | 4,00 | 105 | 2 700 | 3,80 |
| Leistungsklasse III | 120 | 2 900 | 3,90 | 95 | 2 500 | 3,70 |
| 3. Graubraunes Höhenvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 145 | 3 600 | 3,90 | 120 | 3 100 | 3,70 |
| Leistungsklasse II | 125 | 3 200 | 3,70 | 105 | 2 800 | 3,60 |
| Leistungsklasse III | 110 | 2 900 | 3,60 | 90 | 2 500 | 3,50 |
| 4. Einfarbig gelbes Höhenvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 145 | 3 500 | 4,00 | 120 | 3 000 | 3,80 |
| Leistungsklasse II | 120 | 3 000 | 3,80 | 105 | 2 700 | 3,70 |
| Leistungsklasse III | 100 | 2 600 | 3,70 | 90 | 2 400 | 3,70 |
| 5. Pinzgauer | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 135 | 3 300 | 4,00 | 120 | 3 000 | 3,70 |
| Leistungsklasse II | 120 | 3 000 | 3,80 | 105 | 2 700 | 3,70 |
| Leistungsklasse III | 100 | 2 600 | 3,70 | 85 | 2 300 | 3,60 |

| | Muttertier | | | Großmuttertiere | | |
|---------------------------------|------------|-------------|---------------|-----------------|-------------|---------------|
| | Fett kg | Milch kg | Fett v. H. | Fett kg | Milch kg | Fett v. H. |
| 6. Vorderwälder | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 130 | 3 000 | 4,00 | 110 | 2 700 | 3,80 |
| Leistungsklasse II | 110 | 2 700 | 3,80 | 90 | 2 300 | 3,70 |
| Leistungsklasse III | 90 | 2 300 | 3,70 | 80 | 2 000 | 3,70 |
| 7. Hinterwälder | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 100 | 2 300 | 4,10 | 90 | 2 100 | 3,90 |
| Leistungsklasse II | 90 | 2 100 | 3,90 | 75 | 1 900 | 3,80 |
| Leistungsklasse III | 75 | 1 900 | 3,80 | 70 | 1 700 | 3,80 |
| 8. Schwarzbuntes Niederungsvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 160 | 4 300 | 3,60 | 140 | 3 900 | 3,50 |
| Leistungsklasse II | 140 | 3 900 | 3,50 | 125 | 3 600 | 3,40 |
| Leistungsklasse III | 125 | 3 500 | 3,50 | 110 | 3 300 | 3,30 |
| 9. Rotbuntes Niederungsvieh | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 160 | 4 300 | 3,60 | 140 | 3 900 | 3,50 |
| Leistungsklasse II | 140 | 3 900 | 3,50 | 125 | 3 600 | 3,40 |
| Leistungsklasse III | 125 | 3 500 | 3,50 | 110 | 3 300 | 3,30 |
| 10. Angler | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 170 | 3 600 | 4,50 | 140 | 3 300 | 4,00 |
| Leistungsklasse II | 150 | 3 400 | 4,30 | 125 | 3 100 | 4,00 |
| Leistungsklasse III | 130 | 3 200 | 4,00 | 110 | 2 900 | 3,80 |
| 11. Shorthorn | | | | | | |
| Leistungsklasse I | 120 | 3 200 | 3,50 | 90 | 2 600 | 3,30 |
| Leistungsklasse II | 100 | 2 700 | 3,30 | 85 | 2 400 | 3,20 |
| Leistungsklasse III | 80 | 2 300 | 3,30 | 75 | 2 200 | 3,20 |

§ 4

Berechnung der mittleren Lebensleistung

(1) Bei Erstlingskühen (Färsen) ist bei der Berechnung der mittleren Lebensleistung mindestens die in der Zeit bis zum 330. Tage nach der ersten Abkalbung erbrachte Leistung zu berücksichtigen.

(2) Bei der Feststellung der mittleren Lebensleistung einer Färse ist bei Niederungsvieh ein Zuschlag von 10 vom Hundert und bei Höhenvieh von 20 vom Hundert zur tatsächlich erbrachten Milch- und Fettmenge hinzuzurechnen. Bei Kühen, die das ganze Jahr hindurch zu allen anfallenden Gespannarbeiten regelmäßig herangezogen worden sind (Arbeitskühe), und bei Kühen, die mindestens drei Monate im Jahr auf einer Alm gewesen sind (Almkühe), wird für das betreffende Jahr ein Zuschlag von 500 kg Milch und 20 kg Fett hinzugerechnet. Liegen die Voraussetzungen für beide Arten von Zuschlägen vor, ist der höhere Zuschlag maßgebend.

(3) Bei der Errechnung der mittleren Lebensleistung bleiben die Ergebnisse eines Kalenderjahres, die unter 60 vom Hundert der bisherigen mittleren Lebensleistung an Fettkilogramm liegen, außer Betracht, wenn die Minderleistung auf Verkälben, auf Maul- und Klauenseuche oder auf einer anderen schweren Erkrankung beruht; dies gilt nicht, wenn

die Minderleistung nur durch Ausbleiben der Trächtigkeit bedingt ist. Beeinträchtigte Leistungen sind in den Körunterlagen besonders zu kennzeichnen.

(4) Bei Mutter- und Großmuttertieren, die mindestens die Anforderungen der Leistungsklasse III erfüllen, ist bei der Berechnung der mittleren Lebensleistung von der 5. bis 7. Abkalbung ein Zuschlag von 200 Milchkilogramm und 8 Fettkilogramm und von der 8. Abkalbung ab ein Zuschlag von 300 Milchkilogramm und 12 Fettkilogramm hinzuzurechnen.

§ 5

Einstufung in Leistungsklassen

(1) Bei der Einstufung in die Leistungsklasse ist, unbeschadet der Absätze 2 bis 5, die mittlere Lebensleistung des Mutter- oder des Großmuttertiers maßgebend, die der jeweils niedrigsten Leistungsklasse entspricht.

(2) Eine Einstufung in die Leistungsklasse II ist auch zulässig, wenn das Muttertier und ein Großmuttertier die Voraussetzungen der Leistungsklasse I, das andere Großmuttertier jedoch nur die der Leistungsklasse III erfüllt.

(3) Bei der Einstufung in die Leistungsklassen II und III gelten folgende Erleichterungen:

1. Kann wegen des vorzeitigen Todes des Muttertiers oder wegen veterinärpolizeilicher Sperrmaßnahmen die mittlere Lebensleistung des Muttertiers nicht ermittelt werden, so gilt die mittlere Lebensleistung seines Muttertiers als seine Leistung.
2. Ist die mittlere Lebensleistung eines oder beider Großmuttertiere nicht zu ermitteln, so ist, unbeschadet des Absatzes 5, jeweils die Leistung von dessen Muttertier zugrunde zu legen.

(4) Ein Bulle kann jedoch eingestuft werden

1. in die Leistungsklasse I, wenn das Muttertier und beide Großmuttertiere folgende Mindestleistungen und Abkalbungen aufweisen:

| | Höhenfleckvieh, Einfarbig gelbes Höhenvieh, Rotes Höhenvieh, Pinzgauer | Graubraunes Höhenvieh | Vorderwälder | Hinterwälder | Schwarzbuntes und Rotbuntes Niederungsvieh, Shorthorn | Angler | |
|---------------------|--|-----------------------|--------------|--------------|---|--------|----------------------|
| | Fett v. H. | | | | | | |
| Bis zum vollendeten | 4 | 3,9 | 4 | 4 | 3,6 | 4,2 | Zahl der Abkalbungen |
| | Milch kg | | | | | | |
| 8. Lebensjahr | 17 000 | 17 500 | 14 500 | 12 500 | 22 500 | 19 000 | 5 |
| 9. Lebensjahr | 19 500 | 20 000 | 17 000 | 15 000 | 26 000 | 22 000 | 6 |
| 10. Lebensjahr | 22 000 | 22 500 | 19 500 | 17 500 | 29 500 | 25 000 | 7 |
| 11. Lebensjahr | 24 500 | 25 000 | 22 250 | 20 000 | 33 000 | 28 000 | 8 |
| 12. Lebensjahr | 27 000 | 27 500 | 24 500 | 22 000 | 36 500 | 31 000 | 8 |
| 13. Lebensjahr | 29 500 | 30 000 | 26 500 | 23 800 | 39 500 | 33 500 | 9 |
| 14. Lebensjahr | 31 500 | 32 500 | 28 000 | 25 300 | 42 500 | 36 000 | 10 |
| 15. Lebensjahr | 33 500 | 34 500 | 30 000 | 27 000 | 45 500 | 38 500 | 11 |
| 16. Lebensjahr | 35 500 | 36 500 | 32 000 | 28 500 | 48 500 | 41 000 | 12 |
| 17. Lebensjahr | 37 500 | 38 500 | 33 500 | 30 300 | 51 500 | 43 500 | 12 |
| 18. Lebensjahr | 39 500 | 40 500 | 35 000 | 31 800 | 54 500 | 46 000 | 13 |

2. in die Leistungsklasse II, wenn das Muttertier die in Nummer 1 genannten Mindestleistungen und Abkalbungen aufweist und beide Großmuttertiere mindestens die Anforderungen der Leistungsklasse III erfüllen.

(5) Bullen des Höhenfleckviehs, des Roten, des Graubraunen und des Einfarbig gelben Höhenviehs, der Pinzgauer, der Vorderwälder und der Hinterwälder Rasse sind in die Leistungsklasse III einzustufen, wenn die Leistungen eines oder beider Großmuttertiere nicht zu ermitteln sind, das Muttertier jedoch

1. die in Absatz 4 Nr. 1 genannten Mindestleistungen und Abkalbungen aufweist oder
2. mindestens die Anforderungen der Leistungsklasse II erfüllt.

§ 6

Deckerlaubnis A

Die Deckerlaubnis A darf nur für Bullen der Zuchtwertklassen I bis III erteilt werden.

§ 7

Verfahren bei der Ermittlung der Leistungen

Die Leistungen der weiblichen Vorfahren sind nach einem fachlich einwandfreien Verfahren zu ermitteln. Als solches gilt das von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in ihrer Grundregel über die Durchführung von Milchleistungsprüfungen für Rinder niedergelegte und vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anerkannte Verfahren.

§ 8

Übergangsvorschriften

(1) Für Bullen, die vor dem 1. September 1956 geboren sind, sind bis zum 31. August 1960 die Vorschriften der Zweiten Durchführungsverordnung zum Tierschutzgesetz vom 31. März 1951 (Bundesanzeiger Nr. 68 vom 10. April 1951) und der Ver-

ordnung über Mindestleistungen bei der Körnung von Bullen in Schleswig-Holstein vom 14. April 1953 (Bundesanzeiger Nr. 74 vom 18. April 1953) anzuwenden.

(2) Bei Muttertieren und Großmuttertieren, die vor dem 1. September 1956 geboren sind, kann an Stelle der mittleren Lebensleistung die durchschnittliche Jahresleistung nach den Milchleistungen innerhalb des landesüblichen Kontrolljahres zugrunde gelegt werden.

§ 9

Berlinklausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit der Verordnung über die Erstreckung von Recht der Land- und Forstwirtschaft auf das Gebiet des Landes Berlin vom 25. März 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 64) auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 29. Juni 1956.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Berichtigung

zum Fünften Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesversorgungsgesetzes (Bundesgesetzbl. I S. 463) und zur Neufassung des Bundesversorgungsgesetzes (Bundesgesetzbl. I S. 469)

1. Auf Seite 467 ist in Artikel II Nr. 6 letzte Zeile das Wort „Die“ in „die“ zu ändern.
2. Auf Seite 475 ist in § 30 dem Absatz 1 der Satz anzufügen:
„Für erhebliche äußere Körperschäden können Mindesthundredsätze festgesetzt werden.“

Bonn, den 23. Juni 1956.

Der Bundesminister für Arbeit
Im Auftrag
Dr. Rhode

Sofort lieferbar:

**Fundstellennachweis über die Bundesgesetzgebung
nach dem Stande vom 31. Dezember 1955**

bestehend aus

einer nach Sachgebieten gegliederten systematischen Übersicht

*aller von 1949 bis 1955 im Bundesgesetzblatt und im Bundesanzeiger verkündeten
Gesetze und Verordnungen sowie sonstiger Veröffentlichungen*

nebst

einem alphabetischen Register zu der systematischen Übersicht.

*Der Fundstellennachweis stellt ein erschöpfendes Nachschlagewerk über die seit
1949 im Bundesgesetzblatt und Bundesanzeiger verkündeten Gesetze und Ver-
ordnungen sowie über sonstige Veröffentlichungen dar.*

Preis: 2,50 DM zuzüglich —,25 DM Porto und Verpackung

*Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundes-
gesetzblatt“ Köln 399 Die Bestellung ist lediglich auf dem Zahlungsabschnitt zu
vermerken.*

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln — Druck: Bundesdruckerei, Bonn.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II

Laufender Bezug nur durch die Post Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr).
Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen
Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399.

Preis dieser Ausgabe DM 0,80 zuzüglich Versandgebühren.